

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

joel.blunier@evppev.ch

www.evppev.ch

Eidgenössisches Volkswirtschafts-
departement (EVD)
Bundeshaus Ost
3003 Bern

14. Dezember 2005

Weiterentwicklung der Agrarpolitik (Agrarpolitik 2011)

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit als Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP) eine Stellungnahme zur Agrarpolitik 2011 einreichen zu dürfen.

Übersicht

Nach Art. 104 der Bundesverfassung hat der Bund dafür zu sorgen, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Versorgung der Bevölkerung, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Pflege der Kulturlandschaft und dezentralen Besiedlung leistet. Heute erbringt die Landwirtschaft die gemeinwirtschaftlichen Leistungen im verlangten Ausmass.

Dieser Satz stimmt nur sehr bedingt.

- a) Noch werden nahezu 53'000 Tonnen mineralische Stickstoffdünger eingesetzt. Diese N-Dünger werden fast zu 100% importiert, sind also für die Nahrungssicherheit praktisch nicht relevant. Sie können nur mit viel elektrischer Energie hergestellt werden. Sie belasten nach wie vor das Grundwasser und können die Nahrungsqualität beeinträchtigen. Die angestrebten Etappenziele zur Verringerung wurden gemäss Bericht des Bundesrates über die Reduktion der Umweltrisiken von Düngern und Pflanzenschutzmitteln vom 21. Mai 2003 bei weitem nicht erreicht.
- b) Die nach wie vor vielerorts zu hohen Nutztierbestände mit ihren Belastungen der Atmosphäre durch Ammoniak sind indirekt überhaupt nur möglich dank diesem N-Einsatz und importierten Futtermitteln.

Mit dem Art. 104 der Bundesverfassung wurde unter Nachhaltigkeit die Ausrichtung auf die natürlichen Ressourcen unseres Landes verstanden. Das war denn auch so plausibel, so dass der Verweis auf die landeseigenen Ressourcen im Verfassungstext gar nicht erwähnt wurde. Der Sinn von Art. 104 kann aber nur erreicht werden, wenn die Gesetze und Verordnungen dieser Logik folgen. Unter dem Kostendruck entwickelt sich die Landwirtschaft je länger je weiter weg von diesem ganzheitlichen Prinzip hin zu einer sektoriellen, Ressourcen verschleissenden Produktionsform nach industriellem Muster. Eigentlich müsste der Verfassungstext um den Begriff der landeseigenen Ressourcen ergänzt werden. Sicher haben sich aber Gesetze und Verordnungen auf die ganzheitliche Interpretation, inkl. Landeseigene Ressourcen, auszurichten.

Gesamtwirtschaftliche langfristige Planung in der Landwirtschaft verbietet die Ausrichtung auf kurzfristige ökonomische Vorteile, so wie das zur Zeit verstärkt geschieht. Die auf Vierjahresperioden ausgelegte Agrarpolitik kann die anvisierten Ziele nur erreichen, wenn sie auf eine langfristige Zielsetzung ausgerichtet wird, die sowohl ökonomisch, ökologisch und sozial verträglich und sinnvoll ist. Diese langfristigen Ziele müssen verbindlich festgelegt werden. Sie müssen mess- und überprüfbar sein. Das Nichterreichen der Etappenziele muss zwingend zu Korrekturmassnahmen führen.

Die EVP kommt aus diesen gesamtwirtschaftlichen Überlegungen im Sinne eines Generalunternehmens Schweiz, in welchem die Landwirtschaft zwar eine wichtige Rolle, aber doch auch nur eine Rolle unter vielen ebenfalls wichtigen Partnern der Volkswirtschaft spielt, zu folgenden Ergänzungsvorschlägen:

Übergeordnete Anträge:

1. Die Instrumente zur Umsetzung der agrarpolitischen Ziele sind kostengünstig auszugestalten. Das heisst: Mit Lenkungsabgaben auf problematischen Stoffen und der Herabsetzung des zulässigen Tierbesatz pro ha Nutzfläche könnten Missstände ausgeschaltet werden, welche jetzt über unzählige Detailfragen sehr kostenintensiv angegangen und kontrolliert werden.
2. Die bestehenden Handlungsachsen sind mit einer Handlungsachse „Ökologie und Tierwohl“ zu verstärken und die Differenzierung gegenüber dem Ausland weiterzuführen. (Konkurrenzfähigkeit, Transparenz für Konsumenten)

Zu den einzelnen Artikeln:

Art. 1

"Der Bund sorgt dafür, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur:

- a. sicheren Versorgung der Bevölkerung und zur Ernährungssouveränität (neu)"

Art. 2.2

Die Anforderung der Gesamtbetrieblichkeit bei der Bioverordnung ist zwingend beizubehalten. Eine weitere Auflösung verstösst zu stark gegen das ganzheitliche Verständnis des Bio-landbaus. Die Abgrenzung gegenüber der EU ist durchzusetzen.

Art. 14 – 16

Die EVP begrüsst die neuen Massnahmen zur Stärkung der Differenzierung schweizerischer Landwirtschaftsprodukte. Die Vermarktung von Bergprodukten wird für das Berggebiet immer wichtiger und kann so wert- und imagemässig verbessert werden.

Mit dem öffentlich-rechtlichen Schutz werden Bergprodukte geschützt gegenüber von Nachahmungen und Billigprodukten anderer Herkunft. Heute sind in der landwirtschaftlichen Begriffsverordnung die Begriffe "Berg- und Alpkäse" bereits geschützt. Zur Unterstützung der Bergregionen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ist es wichtig, dass dieser Schutz auf andere Waren ausgedehnt wird. Voraussetzung dazu ist, dass Produktion und Verarbeitung im Berggebiet stattfinden müssen.

Art. 16a (neu)

¹ *Landwirtschaftliche Erzeugnisse und deren Verarbeitungsprodukte dürfen mit Hinweisen auf Eigenschaften oder Produktionsmethoden, welche sich auf Grund der Vorschriften (umweltgerechte Produktion, ökologischer Leistungsnachweis oder artgerechte Tierhaltung) ergeben, oder mit Hinweisen auf diese Vorschriften versehen werden.*

² *Die Hinweise müssen insbesondere den Vorschriften über den Täuschungsschutz im Bereich des Lebensmittelrechtes entsprechen.*

Nährstoffbilanz

Die EVP lehnt die Vereinfachung der Nährstoffbilanz ab. Diese führt mit grosser Wahrscheinlichkeit zu einer stärkeren Überdüngung und zur Erhöhung der Stickstoff- und Phosphorüberschüsse, da die für das Talgebiet vorgeschlagene Mengenbegrenzung von 157.5 kg verfügbarer N/ha und 87.5 kg P₂O₅/ha in vielen Fällen höher ist als der Nährstoffbedarf der Kulturen.

Für die Düngungsplanung gemäss der "guten landwirtschaftlichen Praxis" ist dagegen die Suisse-Bilanz unerlässlich. Die seit der Einführung der Direktzahlungen zurückgegangenen Nährstoffüberschüsse zeigen, dass die Suisse-Bilanz zu einer gezielteren Düngung beigetragen hat. Die EVP fordert deshalb, dass dieses bewährte Hilfsmittel beibehalten wird. Die Nährstoffüberschüsse können weiter reduziert werden, indem einerseits einige Mängel der Suisse-Bilanz (5%-ige Toleranz und Abzug von 5% Krippenverluste bei der Grundfutterbilanz sollten beispielsweise abgeschafft werden) beseitigt werden und andererseits eine Lenkungsabgabe auf Mineraldüngern und Hofdüngerüberschüssen eingeführt wird.

Raufutterbeiträge

Die Umlagerung der Milchmarktstützung in Direktzahlungen wird begrüsst. Es muss aber gewährleistet sein, dass diese Direktzahlungen wirklich an Raufutterverzehrer bezahlt werden. Der Raufutteranteil bei der Ration für Wiederkäuer ist mit mindestens 90% anzusetzen.

Extensobeiträge sind nicht zu kürzen. Um deren Wirkung zu verbessern und die Akzeptanz in der Bevölkerung und im Parlament zu erhöhen sind sie an ein Herbizidverbot zu binden.

Nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen

Der vorgeschlagene Massnahmenkatalog besticht vor allem durch den intensiven Einbezug der Bauern und der betreffenden Amtsstellen. Diese Massnahmen haben aber Mühe, sich in der Praxis durchzusetzen. Die Erfahrung zeigt aber, dass der immense Aufwand von den Bauern nur geleistet wird, wenn auch ein gewisser wirtschaftlicher Druck den guten Willen unterstützt. Als Beispiel: Das unerwünschte Blei im Benzin konnte auf denkbar einfachste Weise in kurzer Frist praktisch ausgeschaltet werden. Analog dazu ist unverzüglich eine Lenkungsabgabe auf ökologisch problematischen Stoffen, vor allem Stickstoff einzuführen.

Bäuerliches Bodenrecht

Art. 7 (Gewerbegrenze)

Die EVP lehnt eine Erhöhung der SAK auf 1.25 ab. Sie verlangt eine Begrenzung der Anerkennung als Landwirtschaftsbetrieb bei 1 Arbeitskraft unter Einschluss von paralandwirtschaftlicher Tätigkeit.

Landwirtschaftsbetriebe waren in der Vergangenheit nur selten Vollerwerbsbetriebe im Sinne einer vollen Auslastung durch Tierhaltung und/oder Ackerbau. Begleitend zum Haupterwerb wurde fast immer für Gemeinden im Strassenunterhalt, für Korporationen im Wald, oder im Tourismus gearbeitet. Diese Kombinationen ermöglichten weitgehende Ausrichtung des Arbeitseinsatzes auf witterungsbedingte, bodenschonende Rücksichtnahme.

Art. 73 bis 79 Massnahmen zur Verhütung der Überschuldung

Die Belastungsgrenze bei der Belehnung landwirtschaftlicher Betriebe ist unbedingt beizubehalten. Banken kalkulieren heute zwar vorsichtiger in der Kreditvergabepolitik. Boden ist aber nach wie vor einer der sichersten Werte und die Verlockung, bei genügend Land die Limite über ein betriebswirtschaftlich verträgliches Mass zu setzen, besteht so lange Geld aus unsicheren Aktienmärkten in sicherere Anlagen flüchtet. Ausserdem neigen Bauern schon aus Berufsstolz und nicht selten durch Beratungsempfehlungen zu Überinvestitionen. Ein Schutz davor hilft, viel Leid zu vermeiden.

Kosteneinsparungen ausserhalb der Landwirtschaft

International tätige Firmen passen sich dem höheren Preisniveau in der Schweiz an und schöpfen in den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Stufen die höhere Kaufkraft ab. Die EVP fordert, dass dieser Missstand beseitigt wird.

Übersetzte Margen auf Importen von Maschinen und Einrichtungen sind für die Landwirtschaft ein echtes Problem. Es wird deshalb überhaupt nicht verstanden, dass Parallelimporte nicht zugelassen werden sollen. Parallelimporte sind zuzulassen, aber die Schweiz muss die Entscheidungshoheit für sich behalten, gewisse in der EU zugelassene Hilfsstoffe in der Schweiz nicht zuzulassen.

Wir bitten Sie, unsere Stellungnahme zu berücksichtigen und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Dr. Ruedi Aeschbacher
Nationalrat



Joel Blunier